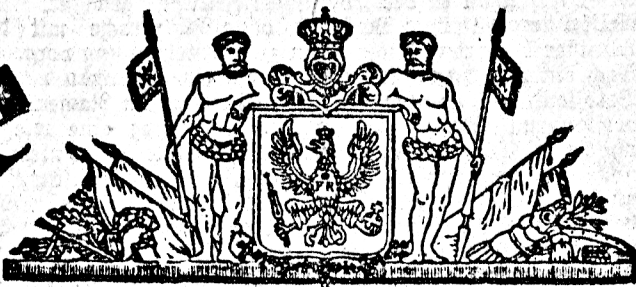


Wossische



Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtags nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“.

Bezug: Monatlich 4,50 M., vierteljährlich 13,50 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 281

Rücktritt des Reichskommissars Hörsing.

Der Belagerungszustand in Schlessien.

Meldung des Wossischen Telegraphen-Büros.

Auf Veranlassung des Reichs- und Staatskommissars Hörsing fand gestern im preussischen Ministerium des Innern eine Sitzung unter Vorsitz des Ministers des Innern statt.

In einer Konferenz der Parteiführer aller Parteien Oberschlesiens, die am 14. November in Breslau stattfand, sind meine Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung in Oberschlesien kritisiert und einstimmig als nicht mehr am Platze bezeichnet worden.

Es folgte eine sehr lange und ausgiebige Besprechung, in der man zu dem Ergebnis kam, daß der Belagerungszustand überhaupt nicht mehr am Platze sei.

Nachdem mein Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes hier keine Zustimmung findet, eine Ansicht, die ich sehr wohl zu würdigen weiß, kommt für meine Partei und mich in Frage, ob mit meinem Namen der Belagerungszustand weiter gedeckt werden kann.

den waren und sind. Aus diesem Grunde werde ich bei der Reichs- und Staatsregierung meine Dienstentlassung beantragen.

Die Gründe für Hörsings Rücktritt.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Breslau, 21. November.

Die Nachricht vom Rücktritt Hörsings kommt, überraschend, da über kurz oder lang mit der Befehung Oberschlesiens durch Entsendung seiner Stelle von selbst überflüssig geworden wäre.

Zu der Frage der Ernennung des neuen Oberpräsidenten für Oberschlesien, die in den letzten Tagen die Presse beschäftigt hat, will das Doppelte Zentrumorgan, die „Doppelte Nachrichten“, aus eingehenden Kreisen erfahren, daß die bereits verfügte Ernennung Bittas seit 14 Tagen im Ministerium des Innern feststehend und nicht herausgegeben werden konnte.

Deutschland und Frankreich.

IV. Versailles: Das Ende der Verhandlungen.

Alexander Reblisch.

Am 20. Mai wurde die große deutsche Antwortnote auf den Vertragsentwurf der Alliierten dem Hohen Rat überreicht. Ihre Wirkung bestand u. a. darin, daß man sich auf französischer Seite geradezu hilflos fühlte.

Daß dieser Zustand nicht unwiderruflich eintrat, war leider, wie man als Deutscher sagen muß — zu einem erheblichen Teil französischen Bemühungen zuzuschreiben. Der bereits mehrfach erwähnte französische Vertrauensmann verlangte von dem deutschen Vermittler Erläuterungen zu der deutschen Denkschrift, um daraus brauchbare Vorschläge für die Abänderung des Friedensvertrages formulieren zu können.

Die deutsche Mission in Paris.

Drahtmeldung.

Verailles, 19. November. (W. T. B.)

Der Fünferat hat sich in seiner heutigen Vormittagsitzung mit den Verhandlungen beschäftigt, die mit der in Paris angekommenen deutschen Mission unter Führung des Geheimrats von Simson zwecks Ausführung des Friedensvertrages von Versailles geführt werden sollen.

Zwischen den deutschen Delegierten, Freiherrn v. Versner und Ministerialdirektor v. Simson einerseits, dem französischen Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta und dem Leiter der politischen Angelegenheiten Vertelot andererseits, hat gestern abend im Ministerium des Auswärtigen ein erster Meinungsaustausch über das Protokoll stattgefunden, das die Durchführung derjenigen Waffenstillstandsbedingungen betrifft, die am Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrages noch nicht erfüllt worden sind.

Anlässlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages wird der Minister für öffentliche Arbeiten Clavelle zum Präsidenten der Internationalen Kommission ernannt werden, die mit der Revision der Mannheimer Uebereinkunft, betreffend die Schifffahrt auf dem Rhein, betraut ist.

Der englisch-französische Garantievertrag.

Paris, 21. November.

Im Ministerium des Auswärtigen hat gestern zwischen Frankreich und Großbritannien der Austausch der Ratifikationen des Garantievertrages stattgefunden. (Es handelt sich um den Schutzvertrag, den Frankreich mit England und Amerika abge-

schlossen hat. Ob der amerikanische Senat diesen Vertrag ratifizieren wird, ist bei dem heutigen Stande der ganzen Ratifikationsfrage in Amerika noch unsicher.)

Deutsch-polnische Verhandlungen in Paris.

Die Auslegung des Versailler Friedensvertrags.

W. T. B. meldet: Die deutsch-polnischen Verhandlungen haben nach der Fertigstellung von Abkommen über die Räumung der abzutretenden Gebiete in militärischer und administrativer Hinsicht, sowie über die vorläufigen Verhältnisse der deutschen Beamenschaft und der wirtschaftlichen Beziehungen einen gewissen Abschluß erreicht. Ueber eine Reihe von Fragen ist ausführlich verhandelt, jedoch noch kein Ergebnis erzielt worden, das zum Gegenstand eines Staatsvertrages gemacht werden könnte.

Da ihm jedoch trotzdem sachlich wertvolle Instruktionen nicht zuteil wurden, so war der größte Teil seiner Tätigkeit von vornherein zum Mislingen verurteilt. Er verhandelte u. a. auf eigene Faust über die im Friedensvertrag vorgesehenen Strafbestimmungen, vor allem über die Auslieferungsfrage und erhielt von französischer Seite den Rat, die deutsche Regierung möge in feierlicher Form ihre Bereitwilligkeit ausprechen, diejenigen Personen, denen ein Verstoß am Krieg selbst oder an der Art der Kriegsführung vorgeworfen werde, selbst zur Verantwortung zu ziehen.

Etwa eine Woche nach der Ueberreichung der großen deutschen Denkschrift konnte der Vertrauensmann der französischen Regierung unverbindlich diejenigen Punkte nennen, in denen nach französischer Meinung Zugeständnisse zu erwarten waren. Einige davon ließen den Zusammenhang mit den bisherigen Unterredungen unzweifelhaft erkennen, andere verrieten das im Interesse Frankreichs sehr natürliche Bestreben, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands nicht völlig

Bergl. die Artikel in der Abendausgabe vom 17. und in den Morgenausgaben vom 18., 20. und 21. November.

Zeichne mit 500 Mark bar und 500 Mark Kriegaanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe